

Politischer Bankrott - Haushalt 2010

Redemanuskript von Uwe Vorberg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen haben faktisch nicht stattgefunden. Die Verwaltung hat keine Vorschläge für neue Schwerpunktsetzungen und Projekte unterbreitet, die Politik hat ebenfalls weitgehend auf ihr Haushaltsrecht verzichtet. Der schlichte Grund: Es gab von vornherein keine Möglichkeit, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen. Die Altschulden drücken, die aktuellen Defizite von 170 Millionen Euro sind nicht auszugleichen. Verwaltung und Politik haben nicht nur den finanziellen, sondern auch den politischen Bankrott erklärt. Die kommunale Selbstverwaltung hat ihr Ende gefunden.

Das hat gravierende negative Auswirkungen für die Mehrheit unserer Stadtbevölkerung, für so vieles, was eine Stadt lebens- und liebenswert macht. Denn: Grundlage der heutigen Entscheidung ist der Haushalt 2009 und das Haushaltssicherungskonzept 2009. Dies bedeutet: Im Bereich der Musikschule und der VHS wird das Angebot reduziert, dort und in fast allen anderen kulturellen Einrichtungen werden die Entgelte und Eintritte deutlich steigen. Die Ganztagsbetreuung in Kitas soll nicht weiter ausgebaut werden, der Bochumer Bildungsbonus wird abgeschafft, im Bereich der Altenhilfe kommt es zu Kürzungen. Die Öffnungszeiten der Schwimmbäder werden reduziert, Lehrschwimmbecken und Turnhallen werden geschlossen, Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung sollen deutlich reduziert werden. Das geht auf Dauer nicht ohne weitere Einschränkungen der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, und das geht auch nicht ohne weitere Arbeitsverdichtungen für die Beschäftigten der Stadt. Das lehnt DIE LINKE ab.

Auf all das gibt es noch zwei Zuschläge:

Erstens hat der Kämmerer eine Haushaltssperre erlassen. In allen Etats müssen 10% eingespart werden. Das bedeutet: 10 Prozent auf alles. 10 Prozent weniger für Bildung, 10 Prozent weniger Kultur, 10 Prozent weniger für Soziales und Sport. 10 Prozent auf alles bedeutet 10 Prozent weniger lebenswerte Stadt.

Und Zweitens wird der Haushalt ja wieder nicht genehmigt. Ein nicht genehmigter Haushalt bedeutet, dass alle Ausgaben, bei denen kein unabweisbarer Bedarf besteht, gesperrt sind. Das heißt: keine neuen Projekte in der Stadt, Stadtentwicklung im eigentlichen Sinne findet nicht mehr statt. Das heißt auch, keine städtischen Zuschüsse für viele Vereine, Projekte und Initiativen. Zum Teil kann so etwas kurzfristig durch private Sponsoren und Einsparungen wettgemacht werden, aber das ist natürlich keine dauerhaft tragfähige Lösung. Kein genehmigter Haushalt bedeutet auch: Drastische Reduzierung der Ausbildungsplätze bei der Stadtverwaltung, drastische Reduzierung der Zukunftschancen der Jugendlichen in Bochum. Das ist nicht länger hinnehmbar.

Wir stehen in Bochum mit diesen Problemen nicht allein. Schon in wenigen Jahren droht Dutzenden Städten in NRW der bilanzielle Exitus. Niemand kann noch ernsthaft bestreiten, dass die wesentlichen Ursachen **nicht** hausgemacht sind, sondern im Wesentlichen:

- in der generationenlangen wirtschaftlichen Monostruktur mit ihren Krisen,
- der hohen Dauererwerbslosigkeit und verbreiteten Armut sowie
- in der verheerend falschen gesamtstaatlichen Finanz- und Steuerpolitik

zu suchen sind. Die chronische Unterfinanzierung vor allem der sozialgesetzlichen Pflichtaufgaben zu Lasten der Kommunen, die falsche Verteilung der Kosten der deutschen Einheit, eine abenteuerliche Steuerverzichtspolitik zugunsten der Reichen, eine langjährige Umverteilung von unten nach oben sowie die Konzentration von Wirtschaftsressourcen auf eine finanzmarktgetriebene Profitmaximierung haben einen gewaltigen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Belastung der Kommunen durch die Zockerei der Vorstände der WestLB kommt da nur noch als Sahnehäubchen oben drauf.

Und es kommt noch schlimmer. Für den Haushalt 2011 hat der Verwaltungsvorstand weitere drastische Kürzungen angekündigt. Und das mit der Begründung, irgendwann

in ferner Zukunft wieder Handlungsfähigkeit zu erreichen. Für dieses unsichere Versprechen auf Zukunft sollen jetzt die sozialen Strukturen in unserer Stadt zerstört werden. Die Städte des Ruhrgebiets können sich aber längst nicht mehr an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen. Wer diese Illusion verbreitet, handelt verantwortungslos. Er begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Für DIE LINKE ist das Ende der Fahnenstange längst erreicht. Wenn dem verschärften Sparkurs gegenüber den Kommunen kein massiver Widerstand entgegengesetzt wird, droht eine neue Qualität von Leistungskürzungen für die breite Masse der Bevölkerung. Erhöhte Gebühren und Abgaben, verschärfter Personalabbau im Öffentlichen Dienst und weitere Privatisierungen eingeschlossen. Der Entscheidungsspielraum der meisten Stadträte ist schon jetzt praktisch auf Null reduziert.

Für DIE LINKE ist klar: Die Räte der Region, die Spitzen unserer Städte und Gemeinden dürfen die drohenden Spardiktate nicht einfach hinnehmen, sondern müssen gemeinsam mit der Bevölkerung Widerstand für das Überleben der kommunalen Demokratie organisieren. Und sie müssen auch über neue Druckmittel nachdenken: Sollten sich Bund und Land weiterhin der nachhaltigen Entlastung der Kommunen hartnäckig verweigern, dann sollten wir Überweisungen an Bund bzw. Land demonstrativ zurückhalten und für eine solche Vorgehensweise im Rahmen des regionalen Bündnisses „Raus aus den Schulden“ werben. Mindestens aber ist eine Verfassungsklage gegen die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen fällig.

Bochum, den 8. Juli 2010